



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Inzeratsgebühren für den Raum einer kleinen Zeile 50 Pf., für Inzerate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 258. Abend-Ausgabe.

Siebzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 11. April 1889.

## Reichstagsbrief.

§ Berlin, 10. April.

Am heutigen ersten Tage der Verhandlungen ist das Altersgesetz um eben so viele Paragraphen vorgezogen, als an den zehn vorhergehenden Tagen zusammen. Wenn das physikalische Gesetz der gleichmäßig beschleunigten Geschwindigkeit Anwendung findet, so wäre am Ende doch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß morgen die zweite Lesung zu Ende geführt wird. Uebermorgen wäre es freilich zu spät, denn das alsdann ein annähernd beschlußfähiges Haus nicht mehr vorhanden sein wird, ist völlig sicher. Bisher ist wenigstens für einen Theil der Sitzung die beschlußfähige Anzahl von Hütern zusammengekommen. Die Köpfe, die zu diesen Hütern gehören, zogen es indessen zum großen Theile vor, auf dem Corridor sich vor eine photographische Platte zu stellen, welcher mit großer Liberalität ein Wanderbetrieb dort gestattet ist.

Morgen will der Präsident über die an die Commission zurückgewiesenen Paragraphen, betreffend die Höhe der Rentenbezüge, verhandeln lassen; heute Abend werden die rechtlichen Grundlagen, welche die Regierung dazu zur Verfügung gestellt hat, vertheilt und bis morgen Mittag um 12 Uhr sollen die Mitglieder sich darüber so weit orientirt haben, daß sie zur Abstimmung schreiten können. Man urtheile von diesem Falle, ob der Vorwurf ungerecht ist, daß die Vorlage durchgepeitscht wird. Diese Paragraphen sind ohne Zweifel die wichtigsten des ganzen Gesetzes; sie setzen fest, wie viel der alte und invalid gewordene Arbeiter erhalten soll. Als sie zum ersten Male im Plenum zur Berathung gestellt wurden, überzeugte sich die Majorität, daß die Commission mit ihren Vorschlägen ganz und gar fehlgegangen sei, und beschloß Zurückverweisung. Die Commission begann noch am selbigen Abend ihre Arbeit, und erledigte sie in zwei Sitzungen, ohne die Mitglieder des Hauses, welche besondere Anträge gestellt hatten, zugezogen und gehört zu haben. Heute Abend wird die Regierung nachträglich mit einigem statistischen Material hervortreten, und morgen soll die Abstimmung sein.

Unter solchen Umständen kann mit einem Schein von Recht nicht die Rede davon sein, daß das Gesetz in der That schon ausgereift sei, und unter den Mitgliedern des Hauses macht sich immer mehr das Gefühl geltend, auf einem wie unsicheren Boden man steht.

Es ist ein Factor, der das Gesetz mit Riesenschritten zum Abschluß treibt; das ist der lebhafteste Wunsch, endlich diese Arbeit erledigt zu sehen. Daß alle diejenigen, welche an den bisherigen Stadien der Berathung in hervorragender Weise theilgenommen waren, allen voraan der Staatssecretär, sodann die Bundescommissarien, endlich die Mitglieder der Commission mit wachem Grauen an die Möglichkeit denken, es könnte sich in einer folgenden Session eine ähnliche Discussion wiederholen, ist sehr menschlich. Aber das kann es doch nicht rechtfertigen, ein Gesetz von solcher Wichtigkeit zu überhaften, ehe es zu Ende gedacht ist.

Auf den Einspruch der freisinnigen Partei will man keinen Werth legen, weil dieselbe doch in jeder Fassung gegen das Gesetz stimmen würde. Gut; darin kann man sich fügen. Aber daß diejenigen Mitglieder des Centrums, welche früher die rührigsten Förderer der „Socialreform“ waren, sich diesem Gesetze gegenüber ablehnend verhalten, sollte doch nachdenklich stimmen.

## Deutschland.

§ Berlin, 10. April. [Die Freigabe der „Volkszeitung“.] Ordre, contreordre, désordre! Wie oft hat man nicht in der letzten

Zeit dieses Wortes gedenken müssen! Eine ganze Reihe von Anordnungen wurde getroffen; bald darauf mußte die Zurücknahme erfolgen, und das Ergebnis ist Verwirrung, Unsicherheit, Verthümung. Den Beginn machte die Einleitung des Processes gegen den Herausgeber des Kriegstagebuchs Kaiser Friedrichs. Man vermuthete in dem Herausgeber, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ inzwischen verrathen hat, einen Fortschrittssmann; hätte man gewußt, daß hinter der „Deutschen Rundschau“ Herr Gesschen stecke, so wäre der Proceß unterblieben. Das glauben wir zwar nicht; denn Recht und Gesetz sollen gelten ohne Ansehen der Person und Partei. Aber besser wäre es gewiß gewesen, wenn der Proceß nicht erst begonnen worden wäre. Denn daß trotz der Rechtsausführungen des Fürsten Bismarck in seinem Immediatbericht eine Verurtheilung mindestens im höchsten Grade unwahrscheinlich sei, lag für die Mehrzahl der Juristen auf der Hand. Herr Gesschen ist vom Reichsgerichte außer Verfolgung gesetzt worden. Wer er jetzt ihm die 99 Tage Untersuchungshaft? Dann kamen die Prozesse gegen die „Freisinnige Ztg.“ und die „Kieler Ztg.“ wegen Nachdrucks des Tagebuchs über Königgrätz. Auch hier mußte die Mehrzahl der Juristen sofort erkennen, daß eine Verurtheilung ganz unmöglich sei. Hier wie bei der „Deutsch. Rundschau“ mußte die Beschlagnahme aufgehoben werden. Weiter kamen mehrfache Beschlagnahmen der Broschüre Mackenzie's vor — wieder erfolgte die Aufhebung der Maßregel. Daß der Justizminister Dr. Friedberg seinen Rath im Sinne jener Schritte gegeben habe, erlauben wir uns zu bezweifeln. Wir glauben nicht einmal recht, daß er überhaupt befragt worden sei. Den Abschluß jener verfehlten Maßregeln hat dann die Proceßur gegen die „Volkszeitung“ gebildet. Dieselbe wurde auf Grund des Strafgesetzes, und auf Grund des Socialistengesetzes begonnen. Man hat die Nummer vom 9. März confiscirt und ein Strafverfahren mit Hausdurchsuchung, Beschlagnahme und Zeugniszwang eingeleitet — obwohl nicht einmal der zur Bestrafung erforderliche Strafantrag vorlag. Diesen Antrag kann einzig und allein entweder die Kaiserin Augusta oder die Großherzogin von Baden stellen. Denn es soll sich um eine Beschimpfung des Andenkens Kaiser Wilhelms handeln. Dieser Strafantrag scheint nicht beigebracht werden zu können, und der Zeugniszwang ist aufgehoben worden. Die Nummer vom 17. März endlich wurde verboten und gleichzeitig das Verbot des ferneren Erscheinens der Zeitung ausgesprochen, weil ein Artikel über die Märzämpfe von 1848, welcher keine Spur von socialistischer Tendenz an sich trägt, socialdemokratische, socialistische, communistic, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in gemeingefährlicher Weise fördern sollte. Wer den Artikel unbefangen gelesen, mußte über diese Auslegung staunen; wer die Begründung der Polizeiverfügung las, mußte die Aufhebung des Verbots für gewiß halten. In der Presse haben nur einige servile Blätter, welche nicht anders durften, die Maßregel vertheidigt, im Abgeordnetenhaus Niemand. Die Aufhebung des Verbots ist nun erfolgt.

Aus dem Nachlasse des Kaisers Friedrich sind nach dessen letztwilliger Bestimmung der Verwaltung des königlichen Zeughauses übergeben worden: eine Generalsuniform, eine Uniform seines Kürassier-Regiments Königin, eine Uniform des 1. Garde-Regiments u. s. w. und verschiedene Uniformstücke, die er 1864 getragen hat, eine Mütze, Mantel, Krumpfecher u. s. w., sowie seine sämtlichen Kriegsgürtel, preussische und ausländische.

[Dr. von Lauer.] Die Theilnahme, welche der Feingang des Herrn von Lauer in weitesten Kreisen hervorruft, hat sich bereits in herrlichen Blumenpenden kundgegeben, die auf das Todtenbett des Verewigten niedergelegt sind. Die Kaiserin hat den tiegebeugten Hinterbliebenen in

einem huldvollen Handschreiben ihr Beileid ausgedrückt, auch die Kaiserin Augusta hat in einem Schreiben ihre tiefste Theilnahme ausgesprochen lassen. Von der Großherzogin von Baden ist aus Schweden ein Telegramm eingegangen, ebenso von dem Erbprinzen von Baden. Am Mittwoch früh ist der Schwiegerohn des Heimgegangenen, Regierungspräsident von Colmar, aus Auriach hier eingetroffen. Die Trauerfeier findet am Freitag Nachmittag um 2 Uhr in der Wohnung statt. Hofprediger D. Frommel wird hierbei die Gedächtnisrede halten. Die Beisetzung erfolgt auf dem Garnisonkirchhof in der Hasenheide in dem Erbegräbnis der Familie.

[Die europäische Studienreise] des gegenwärtig in Berlin weilenden japanischen Ministers des Innern, General Graf Yamagata Aritomo, wird sich, wie man der „Polit. Correspondenz“ aus Berlin schreibt, auch auf Oesterreich-Ungarn erstrecken. General Yamagata hatte ursprünglich bereits im Februar d. J. die Absicht, sich von Paris aus, wo er sich zu jener Zeit aufhielt, nach Wien zu begeben. Berichte von befreundeter japanischer Seite, in welchen die alle Kreise der Gesellschaft in Wien unter dem Eindrucke des Todes des Kronprinzen Rudolf beherrschende Stimmung gekennzeichnet worden war, veranlaßten aber den japanischen Minister, seine Reise nach Oesterreich bis zu einem geeigneteren Zeitpunkt zu verschieben und zunächst die italienische Hauptstadt zu besuchen. Von Rom begab sich Graf Yamagata nach Berlin, wo er am 18. März eintraf und etwa sechs bis acht Wochen verbringen dürfte. Der japanische Staatsmann bildet in der deutschen Reichshauptstadt allseitig den Gegenstand freundschaftlichen Entgegenkommens, und die Behörden beeifern sich, ihm seine Studien auf jede Weise zu erleichtern. Das nächste Reiseziel des Ministers wird St. Petersburg bilden, wo er jedoch wahrscheinlich kaum einen längeren als einwöchentlichen Aufenthalt nehmen dürfte. Von der russischen Hauptstadt wird er sich sodann nach Wien begeben, wo seine Ankunft nach dem angedeuteten Reiseprogramm ungefähr im ersten Drittel des Monats Juni zu erwarten wäre. Wie verlautet, ist Graf Yamagata bereits von berufener Seite veranlaßt worden, daß er in den maßgebenden Kreisen Oesterreich-Ungarns die entgegenkommendste Aufnahme finden und daß man in Wien bemüht sein werde, ihn in die Einrichtungen und Anstalten des Reiches klaren Einblick gewinnen zu lassen. Die Studien des Grafen Yamagata, der einer der bedeutendsten Staatsmänner Japans und als der eigentliche Bahnbrecher der neuen japanischen Verfassung anzusehen ist, erstrecken sich auf die Organisation der politischen Behörden in den constitutionellen Staaten, auf die Einrichtung der autonomen Gemeindeverwaltungen, sowie auf das Heereswesen in Europa.

[Ueber den Proceß gegen die freisinnige Zeitung wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck] bringt die „Freis. Ztg.“ folgenden Bericht.

Ueber den Lector des Volksheirathsbüchens in Berlin, noch die Staatsanwaltschaft hatten an der Briefkastennotiz der „Freis. Zeitung“ Anstoß genommen, dagegen sah sich eine Privatperson, Herr Leuf in Stettin, zur Zeit Redacteur des Stettiner „Volk“ in Berlin, damals Redacteur eines Blattes, welches die Abgeordneten der freisinnigen Partei und insbesondere den Abg. Eugen Richter fortgesetzt zum Gegenstand von Beleidigungen und Beschimpfungen machte, veranlaßt, die Staatsanwaltschaft brieflich auf diese Briefkastennotiz mit dem Hinweis aufmerksam zu machen, daß sich aus derselben, wenn man sie in Verbindung bringe mit einer früheren Notiz der „Freis. Ztg.“, eine Bismarckbeleidigung ergebe. Hierauf veranlaßte in der That die Staatsanwaltschaft eine Anklage, weil, wenn man beide räumlich und zeitlich geklebte Artikel mit einander in Verbindung bringe, der zweite Artikel den Fürsten Bismarck als den durch eine Sammlung aufzubehaltenden, unheimlichen Willkür im Auge habe, denn es sei notorisch, daß sich Prof. Wiedemann in Leipzig hervorragend an der Sammlung zur Bismarckspende theilnahmte. Die Strafkammer beschloß zunächst Zeugenvernehmung des Prof. Wiedemann. Derselbe sagte aus, daß er Mitglied des Centralcomités für die Bismarckspende nicht gewesen sei und sich an der Agitation für dieselbe nicht hervorragend theilgenommen habe. Er habe seiner Zeit aber bei der in Aussicht stehenden Kanzerkreise eine Adresse an den Fürsten Bismarck angeregt, was ihm von freisinniger Seite unter Hinweis darauf verübelt worden sei, daß er zu seinem 70. Geburtstag eine Spende erhalten habe, an welcher Fürst Bismarck erheblich theilgenommen war. Nach dieser Zeugenvernehmung erkannte die Strafkammer in Berlin in dem zweiten Termin am 10ten

## Ein russischer Jakobiner.

Nach dem Russischen des Jagulajew.

[54]

18. Capitel.

Die Ereignisse fingen bald darauf an, meine dunkeln Vorgefühle zu bestätigen. Bald nach dem Feste vom 20. Prairial verstärkten sich die Verfolgungen politischen Charakters in bisher nie dagewesener Ausdehnung. Am 22. Prairial bekräftigte der Convent das unmenliche Gesetz, welches den provisorischen Volks-Commissionen Rechte, die beinahe gleich waren mit den Rechten des furchtbaren Revolutionstribunals, gab, und Alle sagten bitter, daß das Project dieses schrecklichen Gesetzes von dem Comité der allgemeinen Sicherheit auf den Vorschlag Robespierres und Gouthons ausgearbeitet war. Der blutige Fouquier Einville verlor nicht nur nicht seine Stelle, sondern entwickelte eine verstärkte Thätigkeit. Die vorläufige Untersuchung in dem Proceße Cécilie Renauds nahm eine großartige Ausdehnung an, und als angeblich an der Sache theilgenommen wurden Leute verhaftet, welche den Papierhändler der Straße de la Lanterne und seine Tochter niemals gesehen hatten.

Ich brachte ganze Tage außerhalb des Hauses zu, besuchte an allen Punkten öffentliche Versammlungen, in der Hoffnung, etwas Neues über den Gang des Processes zu erfahren. Mit Prosper Landé zusammenzutreffen, vermied ich so viel wie möglich, aus dem dunkeln Vorgefühl, daß er nach seiner Manier über die wilde Stimmung sprechen würde, die sich Robespierres bemächtigt hatte, den ich schon anfang zu hassen, indem ich Alles glaubte, was über seine Unbarmherzigkeit und sein Streben nach der Dictatur verbreitet wurde. Die Gefahr, welche Cécilie Renaud bedrohte, ließ mich Alles vergessen, was mich eine Zeit lang zu Gunsten des berühmten Robespierre bewegt hatte.

Im Monat Messidor, das heißt in der zweiten Hälfte des Juli, verfinsterten die Zeitungen, daß der Proceß der Verschwörer gegen das Leben Robespierres bevorstehe. Der Name Cécilie Renaud stand an der Spitze der Verschwörer. Nach ihr folgten die Namen ihres Vaters, Bruders und der Tante Deseze, der friedlichen Gemüsegärtnerin von Remours. Weiter kamen die Namen des Lehrers Condinal, des Chirurgen Saintanar, der Frau Amaranthe und ihrer Tochter Lucinde, ferner die Namen der mir gänzlich unbekannten Narino, Soules, Frouador und Dangé. Der Untergang aller dieser Unglücklichen war unausbleiblich.

Eine dunkle Verwirrung bemächtigte sich meiner. Jeden Morgen, wenn ich nach einer schlaflosen Nacht von dem Bette aufstand, sagte ich mir, daß ich, was es auch koste, Cécilie Renaud retten müsse. Ich ver-

ließ mit diesem Gedanken das Haus und kehrte spät am Abend zurück, ohne etwas erachtet zu haben, indem ich meine Kraftlosigkeit und meinen Mangel an Erfindung beklagte. Manchmal traf ich in meinem Zimmer Prosper Landé, der mich erwartete und auch seine früheren Hoffnungen auf die wohlthätigen Wirkungen des Festes des höchsten Wesens verloren hatte. Er versuchte nicht, mich von der Möglichkeit der Rettung Cécilie Renauds zu überzeugen, sondern nur zu erfahren, was ich wohl nach dem unvermeidlich tragischen Ausgange des Processes thun würde. Es that mir unsäglich leid um meinen guten Lehrer, aber ihm etwas Beruhigendes zu sagen, war ich nicht im Stande, da ich selbst nicht wußte, was ich nach dem Untergange Cécilie Renauds thun würde, und nur die schreckliche Entschlossenheit fühlte, welche sich nach der Hinrichtung meiner ehemaligen Braut meiner bemächtigen würde.

Endlich kam der verhängnisvolle Tag des Processes. Ich hätte unter dem Schutze Prosper Landé's in den Sitzungssaal gelangen können, aber ich dachte nicht daran. Vom frühen Morgen an schloß ich mich in mein Zimmer ein und saß unbeweglich vor meinem Schreibtisch, an nichts denkend und nur in ein unaussprechlich schweres Brüten versunken. Zweimal klopfte die alte Dienerin an die Thür, fragte, ob ich nicht etwas essen wollte, und ging wieder fort, ohne eine Antwort erhalten zu haben.

Ungefähr 8 Uhr Abends ertönte zum dritten Male das Klopfen und ich hörte die Stimme Landé's, welcher sagte:

„Deßne! Ich muß Dich nothwendig sehen, es koste, was es wolle.“

Ich begriff, daß ich jetzt die Nachricht von dem Urtheil des Revolutionstribunals hören werde, und ich freute mich innerlich, daß das Ende der quälenden Ungewissheit gekommen sei. Ich stand von meinem Plage auf und schob den Kiegel zurück. Prosper Landé trat blaß und mit Thränen in den Augen herein und streckte mir seine Hand entgegen.

„Sei muthig, mein Kind, nimm Deine Kräfte zusammen!“ und schloßte bei diesen Worten.

„Verurtheilt?“ fragte ich seufzend.

„Einstimmig, die Unglückliche, und alle vor Gericht Gestellten sind verurtheilt zur Todesstrafe, wie sie gegen Vaternörder zur Anwendung kommt!“

Was weiter geschah, dessen erinnere ich mich nicht mehr. Ich weiß nur, daß ich mich bald darauf in dem Bette befand, an welchem eine Lampe unter einem grünen Schirm stand. An den Füßen meines Bettes saß in einem großen Lehnstuhle Landé im Schlafrock, und an dem Kopfe unsere alte Dienerin. Ich sah auf meine Taschenuhr, die neben mir auf dem Nachttische lag; ihr Zeiger wies auf halb 2 Uhr.

„Er ist erwacht“, murmelte mein Lehrer, indem er sich zu der Dienerin wendete und mich gleich darauf fragte:

„Eugen, mein Kind, wie fühlst Du Dich?“

Ich drückte ihm die Hand, und ohne ein Wort zu erwidern, wandte ich mich nach der andern Seite, eine unüberwindliche Schläfrigkeit empfindend.

Als ich erwachte, schienen die Sonnenstrahlen glänzend durch die Läden meines Fensters. Ploßlich erinnerte ich mich, daß das Urtheil des Revolutionstribunals immer am andern Tage vollstreckt werde, und bis zur Hinrichtung Cécilie Renaud's blieben nur einige Stunden.

Ich stand aus dem Bette auf und sah nach der Uhr. Es war halb 10 Uhr. In fieberhafter Eile suchte ich in meinem Kleiderschrank unter meinen modernen Anzügen den dunkelsten aus. Die Versuche waren vergeblich. Alle meine Fracks und Ueberröcke, welche in Frankreich durch den Herzog Philipp von Orleans eingeführt waren, waren aus hellen Stoffen oder bunten Farben zusammengeflochten. Ploßlich erhellte mich ein ganz unerwarteter Gedanke. Ich nahm das allermodernste und hellste Kostüm, und indem ich ein Paar geladene Taschenpistolen in die Seitentasche des Fracks steckte, eilte ich rasch aus dem Hause fort, indem ich mich direct zu einer Blumenverkäuferin begab, welche an der Ecke unserer Straße ihr Geschäft betrieb. Ich wählte bei ihr das beste Bouquet, weiße Rosen, und trat in ein benachbartes Magazin für Damentoilette-Artikel. Hier ließ ich mein Bouquet mit einem weißen, breiten Bande umwinden, und verließ das Magazin, indem ich in der Hand das Bouquet so hielt, daß es allen mir Begegnenden in die Augen fallen mußte. Ich gab mir nicht ganz deutlich Rechenschaft, was ich mit dem gekauften und von mir ausgeputzten Bouquet thun wollte. Jedenfalls sollte es eine große Rolle in dem Akte spielen, den ich vollbringen würde, sobald der verhängnisvolle Wagen erschien, auf dem man Cécilie zum Schaffot brachte. Die weißen Rosen und die Pistolen, welche in meiner Tasche waren, hatten eine geheimnisvolle und verhängnisvolle Verbindung mit einander, aber welche, das konnte ich mir selbst nicht sagen. Der Zustand, in welchem ich mich in diesem Augenblick befand, war ungewöhnlich sonderbar. Ich empfand keinen Schrecken und kein Leiden. Es lag sogar etwas Angenehmes in dem Gefühl der Wuth und Verwerfung, mit welcher ich immer vorwärts, vorwärts ging, meine Lippen bis auf das Blut beißend und die Augenbrauen bis zum Kopfschmerz faltend. Am meisten wiederholte ich mir während dieser ganzen Zeit zwei in Wahrheit ganz abgeschmackte Phrasen: Ich werde sie ihnen zeigen, und Nein! wir werden noch sehen, wer den Sieg davon trägt! Die Motive, welche mich diese Drohungen ausstoßen ließen, konnte ich nicht erklären, wie sehr ich mich auch bemühte.

(Fortsetzung folgt.)



November auf Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof ging dabei, indem er sich den Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalt Cassel angeschlossen, davon aus, daß die Briefkastennotiz nur dann eine Beleidigung enthalten könne, wenn sie zweifellos in Verbindung mit dem drei Tage vorher erschienenen Artikel stehe. Der Angeklagte aber leugne, daß er jenen Artikel des Hauptblattes, für welches er als Redacteur des Beiblattes nicht verantwortlich sei, gefasst habe. Die Verteidigung betone aber mit Recht, daß auch dem verantwortlichen Redacteur die Bestimmung des Art. 59 des Strafgesetzbuches im Hinblick auf die subjective Thäterschaft zu Gute kommen müsse, und daß daher der Angeklagte, wenn ihm nicht nachgewiesen wäre, daß er von dem Artikel in der Nr. vom 28. April Kenntnis gehabt habe, subjectiv nicht als Thäter angesehen werden könne, weil er von einem notwendigen Thatbestandsmerkmal, nämlich dem Artikel in der Nr. vom 28. April, keine Kenntnis gehabt habe. Diese Behauptung erscheine dem Gerichtshof auch nicht widerlegt. Nummehr aber erhob die Staatsanwaltschaft Nichtigkeitsbeschwerde bei dem Reichsgericht. Der zweite Senat des Reichsgerichts erkannte die von der Staatsanwaltschaft geltend gemachten Revisionsgründe nicht als stichhaltig an, fand dagegen andererseits einen Mangel in dem Urtheil der Strafkammer, weil dasselbe nicht über die Frage erkannt habe, ob der angeklagte Redacteur des Beiblattes sich nicht einer Fahrlässigkeit in Gemäßheit des § 21 des Pressgesetzes schuldig gemacht habe dadurch, daß er nicht vor Aufnahme der Briefkastennotiz den Zusammenhang derselben mit früheren Stellen der Zeitung näher aufgeklärt habe. Indem daher das Reichsgericht das freisprechende Erkenntnis aufhob, wies es die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor die Strafkammer zu Potsdam. Dort stand am Mittwoch Termin an. — Der Staatsanwalt, Gerichtsassessor Menckelssohn, schloß sich in Bezug auf die objective Würdigung der Frage, ob in dem incriminirten Artikel eine Beleidigung enthalten sei, den bestehenden Ausführungen des Urtheils des Landgerichts I zu Berlin an. Die subjective Thäterschaft anlangend habe der erste Richter dem Angeklagten ein testimonium pauperatis ausgestellt, weil er ihm die von demselben behauptete Unkenntnis zutraute, und ihn daher freigesprochen. Dieser Schluß könne aus der Sachlage, insbesondere auch aus dem Auftreten des Angeklagten nicht gezogen werden. Vielmehr müsse man annehmen, daß er, als bei der „Freiwilligen Zeitung“ jedenfalls auch politisch beschäftigt, sehr wohl von dem früheren Artikel Kenntnis gehabt habe. Zum mindesten habe er aber eine grobe Fahrlässigkeit begangen und sei deshalb strafbar. Bei der Schwere der Beleidigung und den großen Verdiensten des Fürsten Bismarck, die freilich die freisinnige Partei nicht genügend anerkenne, beantrage er eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Cassel aus Berlin, rügt zunächst, daß der Staatsanwalt dem ersten Richter eine ganz unrichtige Motivierung seines Urtheils supponirt habe. Der erste Richter habe dem Angeklagten, der durchaus betont habe, seine Redaktionsgeschäfte mit pflichtgemäßiger Obhut wahrgenommen zu haben, kein testimonium pauperatis ausgestellt, sondern ihm geglaubt, daß derselbe als Redacteur des Beiblattes von einem drei Tage vorher im Hauptblatt, dessen verantwortlicher Redacteur er nicht sei, erschienenen Artikel bei der Redigirung der incriminirten Notiz keine Kenntnis gehabt habe. Aber auch abgesehen von den Urtheilsgründen des ersten Richters müsse der Verteidiger entschieden bestreiten, daß objectiv in dem incriminirten Notiz, selbst in Verbindung mit dem vorangegangenen Artikel eine Beleidigung des Fürsten Bismarck enthalten sei. Nichts zwingt zu der Annahme, daß diese beiden Artikel in einem Zusammenhang zu einander stehen müssen, wenn auch vielleicht ein solcher vorhanden sein könnte. Wenn gleichwohl der Gerichtshof der Ansicht sein sollte, daß mit dem armen Millionär in der incriminirten Notiz auf Fürst Bismarck angespielt werde, so könne unmöglich angenommen werden, daß der in der Notiz beregte Wink von dem Fürsten Bismarck ausgehe, sondern es könne sich dies lediglich auf die „Nationalität“, welche die falsche Nachricht über das Angebot und die Refusirung des Herzogstitels gebracht hatte, resp. deren Hintermänner beziehen. Sollte gleichwohl eine Verurtheilung erfolgen, so wäre das Strafmaß von drei Monaten ein allzu hartes, wenn man die Erregung der damaligen Zeit und die vielfachen Ehrverletzungen bedenke, welche gegen die hochgestellten Persönlichkeiten im Staat zur damaligen Zeit von der freisinnigen Richtung entgegengesetzten Presse geäußert seien. Entschieden protestire er dagegen, daß der Gesichtspunkt angeblich mangelnder Dankbarkeit der freisinnigen Partei gegen die Verdienste des Fürsten Bismarck mit der Aburtheilung der vorliegenden Sache in irgend welchem Zusammenhang stehe oder überhaupt bei Aburtheilung der Straftat in Betracht gezogen werden dürfe.

Der Gerichtshof erkannte nach einstündiger Berathung auf abermalige kostenlose Freisprechung des Angeklagten. Er nahm nach Inhalt der verurtheilten Gründe zwar an, daß die beiden Notizen in einem Zusammenhang mit einander stehen und daß die Worte vom armen unbemittelten Millionär sich auf den Fürsten Bismarck beziehen müßten, hierin allein aber könne eine Beleidigung des Fürsten Bismarck nicht gefunden werden. Denn es sei durchaus nicht anzunehmen, daß die Notiz die Meinung erwecken müsse, als wenn der betreffende Wink zu Sammlungen vom Fürsten Bismarck ausgehe, vielmehr sei der Vertheidigung darin beizutreten, daß dieser Wink nur auf die Urheber der in der „Nationalität“ erschienenen unrichtigen Nachricht zu beziehen sei. Hieraus ergebe sich, daß objectiv eine Beleidigung nicht vorliege, wonach sich die Entscheidung über die event. subjective Thäterschaft und ob event. ein Fahrlässigkeitsdelict vorliege, erübrige.

## Kleines Chronik.

Wien, 10. April. [Der Abgeordnete Dr. Herbst] hielt gestern Abend in Gegenwart eines zahlreichen Auditoriums, in dem sich viele hervorragende Parlamentarier befanden, einen Vortrag über die Stellung der Deutschen in Oesterreich und über die Wiener Verhältnisse, dem wir das Folgende entnehmen:

Der Zahl nach sind die Deutschen acht Millionen, die Slaven dreizehn Millionen. Aber diese dreizehn Millionen gehören nicht einer, sondern fünf Nationen an und sprechen nicht eine Sprache, sondern verständigen sich durch — die deutsche Sprache. Die Deutschen seien in allen Provinzen vorhanden und bilden vermöge ihres österreichischen Patriotismus das einzige Band aller Länder mit Oesterreich.

In finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung wolle er nur einige Beispiele anführen. Von den 104 Millionen directen Steuern in Oester-

reich zahlt das deutsche Wien 21 Millionen, das ist ein Fünftel, und doch hat Wien nur ein Zehntel der Bevölkerung der Bevölkerungsziffer von Oesterreich. Wenn man die Steuerleistung der Deutschen zusammenrechnen würde, so ergäbe sich, daß sie mehr als die Hälfte aller Steuern zahlen. Ein interessantes Beispiel liefern die Postverhältnisse in Böhmen. Dort giebt es 91 Postämter, die mehr als 10 000 Fl. Einnahmen haben, 50 in den deutschen Städten, 41 in czechischen, und doch macht die deutsche Bevölkerung nur zwei Fünftel oder etwas weniger aus. Aber beim Zahlen sind sie die Starren. Das czechische Postamt, das am meisten liefert, ist Königgrätz mit 33 000 Fl. und mit den Telegraphengebühren 86 000 Fl. Dagegen liefern die deutschen Postämter Reichenberg 141 000 Fl., Gabeln 148 000 Fl., Karlsbad 115 000 Fl. und mit den Telegraphengebühren 165 000 Fl., 158 000 Fl., 152 000 Fl., das ist fünfmal so viel als das czechische Gabeln hat nur 10 000 Einwohner. Es kommt also auf den Kopf 15 Fl. an Post- und Telegraphengebühren. Was leistet es erst an anderen Steuern. Man hat auch diese Leute sehr gern in Böhmen, nur sollen sie nicht Deutsche sein.

Dr. Herbst kam dann auf die Wiener Verhältnisse zu sprechen. Er sagte:

Wien kann nicht anders als deutsch sein; es wäre traurig, wenn es von der Reichshauptstadt zur Hauptstadt von Niederösterreich herabsinken würde. Noch immer gelte das Wort: „Wir gravitiren nach Wien“, aber wenn Wien sich des deutschen Charakters entkleiden würde, könnten die Nordböhmern nicht nach Wien gravitiren, sie würden nicht nach Prag gravitiren, sondern in sich selbst den Schwerpunkt suchen. In den letzten Tagen sei Wiens Stimmung unklar geworden, er verlasse sich aber auf den gesunden Sinn der Bevölkerung. Er unterschätze die Bedeutung der Gemeinderathswahlen nicht, er überschätze sie aber auch nicht. Es beruhige ihn auch, daß die liberale und die demokratische Partei sich einander genähert haben. Er hoffe, daß sie in Zukunft einig vorgehen werden. Der Antisemitismus sei eine bedenkliche Erscheinung. Er stehe in Widerspruch mit dem obersten Grundsatz aller modernen Staatsverfassungen, der Gleichberechtigung aller Bürger und in Widerspruch mit dem christlichen Gebot der Nächstenliebe, ja mit der christlichen Religion der Liebe selbst. Aus der beabsichtigten Scheidung der Bürger nach Rassen und Confessionen gehe eine Entfremdung, Verbitterung und Gefährdung hervor. Der Antisemitismus sei durchaus negativ, er könne nichts Positives schaffen. Die großen sozialen Fragen könne man mit dem Antisemitismus nicht lösen. Wollte man in die Arbeiterfrage noch die Unterschiede hineinbringen, so es sich um Arbeiter oder um Arbeitsgeber dieser Confession oder Rasse handelt? Die humanen und moralischen Principien der Arbeiterfragen widersprechen solchen Anschauungen. Hochachtung sei es, daß die Arbeiter selbst diesen Anschauungen nicht hulbigten. Das sei ein Beweis für den gesunden Kern der Arbeiterschaft. Weil es den Leuten in Wien jetzt schlecht geht, so greifen sie nach Allem, womit ihnen Befreiung versprochen wird. Aber sie werden bald erkennen, daß dieses Mittel die Befreiung nicht schafft. Der schwere Druck der Zeit schließt Unzufriedene. Es geht hier mit dem Antisemitismus wie in Frankreich mit dem Boulangerismus. Was hat denn Boulanger geleistet? Nichts. Man klammert sich an seinen Namen nur, weil er der Ausdruck der Unzufriedenheit ist. Daß der Antisemitismus weber dem Gewerbe hilft, noch den Fremdenverkehr hebt, daß er den Unternehmungsgeist nicht fördert, das werden endlich auch die Wiener einsehen und sich seiner entledigen. Wenn man hier das Capital beschimpft und es fast unanständig erscheint, wenn Jemand etwas besitzt, kann das Wien wahrlich nicht zum Vortheil gereichen. Früher war Einer, der gearbeitet und gespart hat, ein guter Bürger; jetzt wird Einer, der sich etwas erspart hat, förmlich wie ein schlechter Mensch verschrien! Ist es denn nicht schöner und schwerer, ein Vermögen zu erwerben, als ein ererbtes zu erhalten, über das man nicht einmal frei verfügen kann? Zur Befreiung der allerdings ungünstigen Verhältnisse, zur Hebung des Wohlstandes, zur Förderung der Arbeit trägt der Antisemitismus nicht bei. Darum tritt an die Bürger dieser Stadt die Anforderung heran, daß sie ihr politisches Recht, das Wahlrecht, als das betrachten, was es ist: eine Pflicht. Wenn Wien eine einige, zielbewusste, ihre großen Aufgaben erkennende Gemeindevvertretung hätte, wenn dort nicht persönlicher Haß und Haberei und Streit um Kleinigkeiten vorwaltete, dann würde auch das Wort von Wien eine größere Bedeutung haben als es jetzt hat. Das ist aber jetzt in die Hände der Wähler gelegt.

## Telegramme.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

\* Berlin, 11. April. Die „Volkszeitung“ veröffentlicht die Gründe der Entscheidung der Reichscommission. Es heißt darin, es unterliege keinem Zweifel, daß die „Volkszeitung“ bereits seit längerer Zeit den Charakter eines rein demokratischen Blattes nicht gewahrt, ihre Spalten vielmehr vielfach auch der Vertretung der socialdemokratischen Ideen und Interessen geöffnet habe. Die bei dem Redacteur Franz Mehring beschlagnahmten, an ihn gerichteten Briefe namhafter Führer der Socialdemokratie, Bebel, Liebknecht, Singer und Anderer, liefern den Beweis, daß die Genannten, so wie bis zu seiner Extradition der frühere socialdemokratische Abgeordnete Hasenclever mit Mehring in Verbindung gestanden und auch Correspondenzen und Artikel für die Volkszeitg. geliefert haben, und daß eine gewisse Verständigung zwischen ihnen und der Redaction der „Volkszeitg.“ über die Richtung der letzteren und die Aufnahme von socialdemokratischen Interessen dienenden Artikel vielfach stattfand. Beispielsweise werden einige derjenigen Artikel erwähnt, in welchen Sympathien mit der Socialdemokratie und der socialdemokratischen Bestrebungen unverhüllt zu Tage treten; ebenso andere Artikel, welche die heftigsten Angriffe gegen die monarchische Staatsverfassung enthalten. Hier werden namentlich die Artikel über den Tod des Kronprinzen Rudolf angeführt und auszugsweise mitgetheilt. Besonders Gewicht wird auch auf den Artikel vom 9. März gelegt, der in geradezu empörender Gehässigkeit und wahrheitswidriger Weise den Charakter und

die Thaten des Kaisers Wilhelm I. schildere. Auch gegen den Kaiser Wilhelm II. richtete die „Volkszeitung“ in einer Reihe von Artikeln ihre bissigen, auf Gerabwürdigung und Gefährdung gerichteten Angriffe. Ergeben die namhaft gemachten Artikel vielfach das Vorhandensein von socialdemokratischen, auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Bestrebungen, so fehlt es auch nicht an solchen Artikeln, in denen der den öffentlichen Frieden, besonders die Eintracht der Bevölkerungsklassen, gefährdende Charakter dieser Bestrebungen hervortrete. Dann sagen die Motive weiter: Fast man das bisher Gesagte zusammen, so ergibt sich das unzweifelhafteste Resultat, daß, wenn gleich auch keine einzelne dieser Nummern für sich allein unter die Verbotbestimmungen des § 11 u. f. des Reichsgesetzes vom 21. October 1878 gegen die Socialdemokratie fallen möge, doch in der Gesamtheit der bisher bezichneten Nummern der „Volkszeitung“ socialdemokratische auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Die Kriterien des Reichsgesetzes vom 21. October 1878 sind sonach durch den gesammten Inhalt jener Nummern nachgewiesen und festgestellt. Es ergibt sich, wie auch das Verbot vom 18. März dieses Jahres geltend macht, daß bereits eine Reihe früherer Artikel der „Volkszeitung“ deutlich die Tendenz verräth, die bestehende monarchische Staatsordnung systematisch zu untergraben, auch die auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Bestrebungen zu fördern. Es wird sodann die Frage erörtert, ob auch die Nummer 65 des gegenwärtigen Jahrgangs der „Volkszeitung“, welche zunächst vom Polizeipräsidenten betroffen worden ist und an deren Verbot sich das Verbot des weiteren Erscheinens des Blattes knüpft, einen solchen Inhalt hat, daß darauf der § 11 des Gesetzes vom 21. October 1878 mit Recht angewendet werden könnte? Diese Frage wird verneint. Es sei nicht ersichtlich, in welchen Worten des Artikels socialdemokratische Bestrebungen zu Tage treten sollen, insbesondere fehlt es aber gänzlich an dem nach § 11 des Reichsgesetzes wesentlichen Kriterium solcher Bestrebungen, daß sie in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage getreten seien. Nichts deutet darauf hin, daß die Spitze der Bestrebungen, aus welchen der Artikel entsprungen ist, sich gegen andere Bevölkerungsklassen richtet und damit den öffentlichen Frieden gefährdet; die Spitze richtet sich vielmehr augenscheinlich nur gegen die Regierung und gegen diejenigen, welche die Demokratie, besonders auch der sogen. Freisinn mit dem Worte „Reaction“ zu bezeichnen pflegen. Der Artikel mag sonach, indem er die Revolution zu verherrlichen bestrebt ist, als revolutionär bezeichnet werden. Man kann vielleicht, wenn er den lebenden und todtten Kämpfern des 18. März einen Dank ausspricht und dem Gefühl der tiefsten Beschämung darüber Ausdruck giebt, wie wenig von dem, was jene Kämpfer in die Hand des Volkes legten, in dieser Hand geblieben ist, darin die Auffassung eines nachahmenswerthen Beispiels, eine verthüllte Aufforderung finden, gegebenen Falls solchem Beispiele nachzueifern; von der Aufreizung zum Kampfe für die Erreichung der socialdemokratischen Ziele ist aber in dem Artikel nirgends etwas zu erkennen. Es fehlt an jeder auch noch so verfallenen Andeutung dafür, daß die weiteren Kämpfe, die der Artikel erhoffen und erwarten mag, identisch sein würden mit denjenigen, auf welche die früheren, socialdemokratischen Bestrebungen vertretenden Artikel als unvermeidlich geworden hinwiesen. Hineintragen in den Artikel darf man daher die nicht erkennbar gemachten Gedanken nicht. Es läßt sich hiernach die Behauptung des Verbotbeschlusses nicht aufrecht erhalten, daß in dem fraglichen Artikel socialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten. Das Verbot der Nr. 65 kann sonach, da die Voraussetzungen des § 11 des Reichsgesetzes vom 21. October 1878 in dem Artikel nicht nachzuweisen sind, nicht für gerechtfertigt erachtet werden; dasselbe muß vielmehr aufgehoben werden, und deshalb auch das auf das Verbot dieser Nummer gestützte Verbot des weiteren Erscheinens der „Volkszeitung“.

Die Meldung, daß die Staatsanwaltschaft am Landgericht I die Acten im Streite Witte-Stöcker vom Oberkirchenrath eingeholt habe, wird vom „Börsencourier“ dahin vervollständigt, daß die Staatsanwaltschaft nicht beabsichtigt, in dem persönlichen Wissen der genannten beiden Geistlichen zu interveniren, sondern daß ihr Abheben auf Vorkommnisse gerichtet ist, die bis zu dem seiner Zeit so lebhaft besprochenen Proceß gegen die „Freie Zeitung“ zurückreichen.

Ueber die Audienz der beiden Reichstagspräsidenten v. Levekov und Buhl bei der Kaiserin Friedrich erzählt die „Börsige Zeitung“, daß Letztere diese Herren mit gewinnender Lebenswürdigkeit begrüßte und im Gespräch hauptsächlich auf ihren verbliebenen heißgeliebten Gemahl zu sprechen kam, von dem sie mit Verehrung und Nahrung sprach. Sodann tauschte sie mit beiden Herren, namentlich mit Herrn von Levekov, Erinnerungen aus. Die hohe Frau war in tiefer

Jene in ihr Haus aufzunehmen. Um ganz sicher zu gehen, verübte der Sohn der Ermordeten, Daguerre Varela, einen Diebstahl, bei dem er die gesellschaftliche Stellung in offenbarem Widerspruch stand, auf Grund dessen er aber seine Absicht erreichte, ins Gefängnis geworfen zu werden. Nachgewiesen ist, daß er dasselbe durch Vermittelung des Directors verließ, wann er wollte, so auch am Tage des Verbrechens, wo er sich, verkleidet, unter Anwendung eines falschen Vornamens, in Begleitung eines noch nicht festgestellten Mannes, zum Hause seiner Mutter begab, von dessen Balcon aus ihnen die Higinia das Zeichen zum Eintritt gab. Wer den Mord beging, ist noch nicht festgestellt, doch werden die nächsten Verhandlungen vielleicht den Schleier von diesem blutigen Drama lüften.

Ein fast unglaublicher Auftritt fand, wie man der „T. R.“ aus London schreibt, am letzten Sonntag in einer Kirche des „East End“ statt. Seit Jahren herrscht dort zwischen zwei Secten ein Streit darüber, wem das Gotteshaus eigentlich gehöre, und dieser Streit kam nun in der Kirche selbst zum Ausbruch. Derselbe war in Folge der Zwistigkeiten eine Zeit lang geschloffen gewesen. Als sie nun am vorigen Sonntag wieder geöffnet wurde, fanden sich beide Pastoren mit ihren Anhängern vor derselben ein, stürzten, sobald die Thüren sich aufthaten, hinein, erreichten die Plattform zu gleicher Zeit, und forderten Beide ihre Gemeinden auf, eine — aber nicht dieselbe — Hymne zu singen. Das ging während einer Stunde so fort. Der eine Pastor las, während der andere predigte, die eine Gemeinde sang und die andere betete. Endlich wurde es dem Sohne des einen Pastors zu viel. Er versuchte, den Gegner seines Vaters mit Gewalt zu entfernen; der Letztere aber Widerstand, die Gemeinde nahm Partei, und bald verwandelte sich die Kirche in einen Kampfplatz. Das Erscheinen von sechs Polizisten machte der Sache ein Ende.

Ueber eine Krankheit der Geldzähler bemerkt die „Deutsche Medicinal-Zeitung“ nach dem „Medical News“: Im Schagamt zu Washington werden Frauen mit dem Zählen der Banknoten beschäftigt. Diese Frauen sehen meistens krank aus und haben wunde Stellen am Kopf und an den Händen; nur Wenige bleiben davon verschont, wenn sie längere Zeit hindurch dieser Beschäftigung obliegen. In der Regel erscheint die Erkrankung, gegen deren Verhütung bisher nichts ermittelt ist, zuerst an den Händen; häufig beginnt sie am Kopf und bisweilen werden die Augen befallen. Die Beschäftigten wenden alle Vorsicht an, jedoch

früher oder später erkrankt sie dasselbe Geschick. Die unmittelbare Ursache dieses Krankheitszustandes ist das bei der Zubereitung des Papiergeldes angewendete Arsenik. Wenn die Haut nur im geringsten beschädigt ist und das Arsenik an das wunde Gewebe gelangt, so zeigt sich am folgenden Tage das Uebel, und bei der Genesung vieler dieser Frauen, mit den Händen über das Haar oder Gesicht zu fahren, verbreitet es sich auch hierher. Jede Geldzählerin hat neben sich ein Glasgefäß mit einem nassen Schwamm, an welchem sie bei der Arbeit die Finger befeuchtet. Jeden Morgen wird der Schwamm erneuert und jeden Abend ist er schwarz von den auf den Banknoten sich abhebenden Unreinlichkeiten und der grünen, arsenikalischen Farbe, die sich auch etwas abbläst. Nicht wenige der Frauen haben bei der fortschreitenden Vergiftung des Blutes mit Arsenik diese Zählbeschäftigung ganz aufgeben müssen. Die Darstellung der grünen Farbe ist Geheimnis der Regierung; diese sollte gehalten sein, die Arsenikfarbe durch eine unschädliche zu ersetzen.

Der Kammerfänger Reichmann in Wien ist plötzlich aus dem Verbände des Opernhauses geschieden. Die officiöse „Wiener Abendpost“ berichtet darüber: „Der Hofopernfänger Herr Theodor Reichmann hatte schon in wiederholten Eingaben an die Direction des k. k. Hofoperntheaters und an die General-Intendanten der k. k. Hoftheater der Unzufriedenheit mit seiner Stellung am Hofoperntheater Ausdruck gegeben und um Abänderung derselben gebeten, ohne daß man sich hätte bestimmen können, auf derartige Wünsche einzugehen. Neuestens aber hat Herr Reichmann in besonders drängender Art das abnormale Ersehen vorgebracht, ihm entweder einen neuen Vertrag, durch welchen er nur durch wenige Monate im Jahre an dem Institute beschäftigt wäre, zu gewähren oder seine Entlassung mit Ende der laufenden Saison zu bewilligen. Das erstere Ersehen konnte schon deshalb nicht berücksichtigt werden, weil derlei Engagements auf kurze Zeitschnitte das bewährte Ensemble des Hofoperntheaters entzweienden gefährden. Andererseits aber konnten und wollten die General-Intendanten wie die Direction nicht länger auf die Eingehaltung des Vertrages seitens eines Künstlers bestehen, welcher trotz der glänzenden und ehrenreichen Beweise der Anerkennung seiner Leistungen und trotz der ungewöhnlichen Gunst, deren er sich beim Publikum erfreut, dem regelten Verbände des Institutes nur widerwillig angehört. Herr Reichmann ist daher die angeforderte Entlassung, und zwar schon mit geistigem Tage, bewilligt worden.“ Herr Reichmann bezog eine Gage von 18 000 Fl.



Trauerkleidung und zeigte noch immer die Spuren des schweren Schicksalsschlages, der sie getroffen.

Als des Hamburger Lustmordes verdächtig ist in Lübeck der Kellner Sibirsky aus Darlehen verhaftet worden und ist, wie es heißt, geständig. Die Hamburger Polizei ist benachrichtigt.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Anlässlich der viel besprochenen Affäre des Feldwebels Hauck vom 1. Garderegiment zu Fuß fällt es allgemein auf, daß der erst kürzlich zum Major im Generalstab beförderte Herr v. Hötner, welcher bisher die 2. Compagnie des 1. Garderegiments, bei welcher Hauck steht, als Hauptmann führte, jetzt plötzlich zu einem Infanterieregiment verlegt ist. Herr von Hötner hatte seiner Zeit den Hauck als Exerciermeister des Kronprinzen beim Kaiser empfohlen. Er ist, wie der Potsdamer Berichterstatter constatirt, derselbe Offizier, welcher vor einigen Jahren beim Exerciren auf dem Bornkammer Felde dem Grenadier Raschnik den Degen in die Brust rannte, eine Affäre, die seiner Zeit viel Staub aufwirbelte. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß es sich bestätigt, daß der Feldwebel Hauck deshalb in Untersuchung gezogen und bestraft worden ist, weil er in der Conduitenliste, die er führt, zu Gunsten eines Unteroffiziers eine Strafe nicht vermerkt hat, welche diesem judicirt worden war.

Im Missionshause der Benedictus-Genossenschaft Sanct Ottilien, dem, wie bekannt, die unglücklichen Missionare von Tulu entstammen, werden wiederum 50 Cleriker zu einer neuen Sendung nach Afrika unterweisen und ausgerüstet. Im Sommer sollen sie sich mit 40 Wächtern auf die gefährliche Fahrt begeben. Drei junge Neger sind in St. Ottilien angelangt, die in der Religion und der deutschen Sprache unterrichtet, sowie zur Erlernung verschiedener Handwerke angehalten werden.

Großes Aufsehen erregt in den hiesigen Confectionskreisen der gestern Nachmittag bewirkte Selbstmord eines Firmeninhabers dieser Branche, des Kaufmanns J. J. Auerbach am Hausvogteiplatz Nr. 8. Er hat sich an einem Spiegelhaken aufgehängt. Der Selbstmörder, der erst 30 Jahre alt und 5 Monate etablirt gewesen ist, war am gestrigen Vormittag noch ganz frohen Muthes, so daß man annimmt, daß er die That in einem Anfall von Geistesstörung begangen habe, zumal für andere Motive jeder Anhalt fehlt.

Im Deutschen Theater hatte gestern das neue Lustspiel von Alwin Reinisch „Die Basallen“ einen freundlichen Erfolg.

t. Paris, 11. April. Nach dem „Gaulois“ bot ein Ingenieur dem Minister Constans an, Boulangier durch einen elektrischen Strom zu tödten, wenn er das Telephon in Brüssel benützte. Constans warf den Ingenieur zur Thür hinaus.

(Aus Wolffs telegraphischem Bureau.)

Berlin, 11. April. Einer kaiserlichen Cabinetsordre zufolge haben sämtliche Offiziere des 11. Armee-corps, sowie das Offiziercorps des 2. Gardebrigaden-Regiments drei Tage lang Trauer um General von Schlottheim anzulegen. Der Beilegungsfeier für den Verstorbenen hat eine Deputation des 2. Gardebrigaden-Regiments beizunehmen.

Königsberg i. Pr., 11. April. Der Eisbrecher ist heute durch das hiesige schiffswegige Fahrwasser von Pillau aus hier angelangt. Die Schiffsahrt wird demnächst eröffnet.

Budapest, 11. April. Das „Ungarische Blatt“ veröffentlicht die Enthebung der Minister Szecsenyi und Tisza, sowie die Enthebung Tiszas von der provisorischen Leitung des Finanzministeriums, gleichzeitig die Ernennung Julius Szaparys zum Handelsminister, Alexander Beckers zum Finanzminister und Desidor Spilagys zum Justizminister. Die gesammte Presse begrüßt ohne Parteiunterschied das Cabinet sympathisch.

Belgrad, 11. April. Der Finanzminister wird nicht, wie es früher hieß, die im Besitze des Staates befindlichen serbischen Loose veräußern, sondern dieselben zu 4 1/2 pCt. lombardiren und aus dem sich hieraus ergebenden Betrage die Expropriationsschuld von 1 200 000 Francs tilgen.

Luxemburg, 11. April. Beim Empfang des Präsidiums der

Kammer begrüßte der Präsident derselben, Servais, den Herzog von Nassau in einer Ansprache, in der er die Zuversicht ausdrückte, daß der Herzog in der Bevölkerung die Sympathien finden möge, welche ihm den Aufenthalt im Großherzogthum angenehm machen werden. Der Herzog erwiderte, er danke herzlich für die ausgesprochenen Gefühle; seine ganze Sorge werde auf das Glück des Landes und einer Bewohner gerichtet sein. Alle Anreden und Antworten wurden in französischer Sprache gegeben.

Petersburg, 11. April. Der Verkehrsminister, General Pauker, ist an der Lungenentzündung gestorben.

Washington, 11. April. Deutschland, Großbritannien und Nordamerika haben sich dahin geeinigt, daß von jedem Staate nur ein Kriegsschiff bei Samoa verbleibt, bis die Berliner Konferenz Beschlüsse gefaßt hat. Die „Sophie“ wird Deutschland und wahrscheinlich die „Kalliope“ England vertreten.

#### Wasserstands-Telegramme.

Ratibor, 10. April, 7 Uhr Vorm. U.-P. 4,02 m. F. Höchster Stand 4,16 m.

— 11. April, 7 Uhr Vorm. U.-P. 3,88 m. Fällt.

Brieg, 10. April, 7 Uhr Vorm. U.-P. 5,72, U.-P. 4,20 m.

— 11. April, 7 Uhr Vorm. U.-P. 5,86, U.-P. 4,42 m. St.

Breslau, 10. April, 12 Uhr Mitt. U.-P. 5,43 m. U.-P. + 2,04 m.

— 11. April, 12 Uhr Mitt. U.-P. 5,51 m. U.-P. + 2,20 m.

Stein a. O., 10. April, 7 Uhr Vorm. U.-P. 3,39 m. Fällt.

— 11. April, 7 Uhr Vorm. U.-P. 3,40 m. Steigt.

Glogau, 10. April, 7 Uhr Vorm. U.-P. 3,52 m.

— 11. April, 7 Uhr Vorm. U.-P. 3,46 m. Fällt.

## Provincial-Beitung.

Breslau, 11. April.

St. Corpus-Christi-Kirche. Freitag, den 12. April. Katholischer Gottesdienst, Nachm. 5 Uhr, Fastenpredigt und Segen: Pfarrer Ledwina.

\* Der Breslauer landwirthschaftliche Verein veranstaltet in diesem Jahre eine Kreis-Vierbein- und Rinderchau. Dieselbe soll in Schmolz am 3. Juli c. stattfinden. Berechtigt zur Ausstellung sind Pferde und Rinder, welche Eingetragenen des landwirthschaftlichen Kreises Breslau angehören und seit wenigstens 6 Monaten sich in den Händen der Aussteller befinden. An Staatspreisen sind in baarem Gelde ausgesetzt: 600 Mark für Pferde und 1800 Mark für Rinder. Um diese Preise concurriren die Pferde und Rinder aller derjenigen Besitzer, welche — nicht — dem Großgrundbesitzer nach der neuen resp. dem Rittergutsbesitzer nach der alten Kreisordnung angehören. Der höchste Einzelpreis beträgt 100 Mark, der niedrigste 20 Mark. Für Pferde und Rinder der Großgrundbesitzer resp. Dominialbesitzer sind Ehrenpreise, darunter mehrere Staats-Medaillen bestimmt. Standgeld wird nicht erhoben. Anmeldungen sind an den Vorstand des Vereins zu richten.

a. Verschärfte Steuercontrole. Auf anonyme, an die hiesigen Steuerbehörden gerichtete Denunciationen, daß mit den hier ankommenden Gütern vielfach Fleisch von auswärtig unversteuert heringebracht wird, hat die hiesige Steuerbehörde bei den ankommenden Gütern eine verschärfte Controle angeordnet, welche sich auch auf das Fahr- und Maschinenpersonal erstrecken soll.

a. Umrechnungscours für österreichische Banknoten. Die k. k. Eisenbahn-Direktion hat für den Geldverkehr an den Güter-Eilzug- und Billettkassen vom 11. April c. ab für österreichische Florenznoten auf 172 Mark für Hundert Gulden-Noten als Umrechnungscours bis auf Weiteres festgelegt.

† Löwenberg, 9. April. [Jubiläum.] Seit beging der Rector an der evangelischen Stadtschule, Heinrich Günther, sein 25jähriges Amtsjubiläum. Ein Festessen vereinigte viele Kollegen und Freunde des Jubilars zu längerem fröhlichen Beisammensein.

\* Beuthen O., 10. April. [Zum Ausscheiden der Stadt Beuthen aus dem Landkreis.] Der Kreisrat beschloß einstimmig, den Vergleichsvorschlag des Bezirksausschusses betr. das Ausscheiden der Stadt Beuthen aus dem Kreise anzunehmen, falls die Stadt Beuthen ihren Widerspruch gegen § 5 betr. die Chauffeen fallen läßt. Andernfalls lehnt er die §§ 3 und 5 ab. Ueber diesen § 5 schreibt die „Bericht. Grenzzeit.“: „Der Magistrat stimmt im Großen und Ganzen dem Vergleichsvorschlag des Bezirksausschusses zu; nur in einem Punkte — die Chauffeen anlangend — ist er anderer Ansicht. Da Beuthen nach dieser Ansicht ein unmittelbares Interesse nur an der Chauffee Beuthen-Bagienitz-Lipine hat, so will man natürlich nicht, daß die Stadt zur

Unterhaltung aller anderen Chauffeen herangezogen werde. Die Vertretung der Stadt erklärte dies, worauf der Regierungs-Präsident in Betreff dieses Gegenstandes einen anderen Vorschlag machte, dahingehend, daß die Stadt von 60 pCt. des fünfjährigen Durchschnittsbetrages zur Unterhaltung der Kreis-Chauffeen ihren Antheil nach dem Verhältnißmaßstabe (1/2) übernehmen solle unter Anerkennung der Verpflichtung der Garantie für die sogenannten Garantie-Chauffeen. Diese letzteren haben bisher keinen Zuschuß erfordert, so daß der bezügliche Punkt ganz nebensächlich ist. Der obengenannte jährliche Durchschnittsbetrag beläuft sich pro 1881 bis 1886 auf 14 388,75 Mark, die in Betracht kommenden 60 pCt. hiervon betragen 8555,25 M., von welcher Summe auf die Stadt bei einem Antheile von 20,5 pCt. entfallen 1767,70 M. Den entsprechenden Antheil zur Unterhaltung der im Tarnowitzer Gebiete belegenen Kreis-Chauffeen hinzugerechnet, erreicht der Chauffee-Antheil die Höhe von 2388,21 M., oder als Kapital zur Ablösung 59 705,25 M.“ Die Gesamtleistungen der Stadt nach dem Ausschneiden aus dem Kreisverbande würden sich folgendermaßen stellen: 1) 3 1/2 pCt. pro Jahr von der vorhin genannten Summe in Höhe von 2089,68 M. 2) 4 pCt. Zinsen der antheilig zu übernehmenden 469 000 Mark betragenden Schulden, von welchen 96 567,10 M. auf die Stadt entfallen. Es gehen hiervon jedoch in Abzug: von den Activis des Kreises von 53 400 M., wovon 11 818,66 M. auf die Stadt entfallen — es verbleiben also 84 748,44 M., wovon die 4 pCt. Zinsen 3389,94 M. betragen. Die Provinzialsteuerlasten und das Impfgeschäft erheischen eine Aufwendung von 21 979,62 M. Von diesen ist der Zuschuß aus der lex Huene in Höhe von 3000 M. in Abzug zu bringen, so daß 18 979,62 M. verbleiben. Es würden aber in Abzug kommen 22 575,85 M., welche die Stadt jährlich an Kreissteuern entrichtet.

## Gefehgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 11. April. [Schwurgericht.] Der des verführten Mordes an der verehelichten Ernestine Bodege angeklagte Muster Alfred Räder, genannt Meier, aus Breslau wurde in der heutigen Verhandlung seitens der Geschworenen mit mehr als 7 Stimmen für schuldig erklärt und darauf zu 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht verurtheilt.

## Litterarisches.

Bilder und Träume aus Spanien. Reiseerinnerungen von Hans Parlow. Leipzig. B. Eißner Nachf. (Bruno Winkler). — Das Parlow'sche Buch unterscheidet sich von Werken ähnlicher Tendenz vortheilhaft dadurch, daß es nicht die längst bekannten alten Geschichten über Spanien und spanische Verhältnisse von Neuem aufsticht, sondern uns über Dinge belehrt, die in den Reisebeschreibungen gewöhnlichen Schläges fehlen. Parlow hat Spanien nicht nach Touristenart im Fluge durchstreift, sondern sich an den Hauptorten längere Zeit aufgehalten und spanisches Leben und spanische Sitten gründlich kennen gelernt. Seine Schilderungen der spanischen Gesellschaft weichen von dem, was man bis jetzt in Deutschland darüber weiß, erheblich ab. Alles das, was wir über spanische Grandezza, faustischen Stolz haben, erweist sich nach den Parlow'schen Mittheilungen als Märchen oder doch wenigstens als starke Uebertreibung. Namenhaft aber lernen wir die spanischen Frauen von einer ganz anderen Seite kennen, als sie uns gewöhnlich in Novellen, Romanen und Opern gegenüber treten. — Parlow's „Bilder und Träume“ haben nicht nur den Reiz der Neuheit für sich, sondern können auch ihrer unbedingten Zuverlässigkeit wegen als ein nützliches Badecurium für Jeden gelten, der sich über spanische Verhältnisse mehr als oberflächlich orientiren will.

## Handels-Zeitung.

\* Zur Stempelung von Loosen in Oesterreich bemerkt die „Frkf. Zeitung“: Soweit wir zu übersehen vermögen, scheinen die Besitzer von solchen Stücken, die bereits den deutschen Loostempel von 1871 tragen, den deutschen Markt für hinreichend gross und verlässlich zu erachten, dass sie auf den österreichischen Stempel verzichten können. Auch in Oesterreich dürften gestempelte Loose, z. B. die Türkenloose, nicht sofort einen erheblich höheren Werth erhalten, da von ihnen sehr grosse Mengen zur Abstempelung zu kommen scheinen. In Deutschland wurden seiner Zeit von den 1980 000 Türkenloosen etwa 400 000 Stück abgestempelt; gegenwärtig werden diese mit etwa 6 Fr. höher bezahlt, als die ungestempelten in Paris erhältlich sind, aber bis vor wenigen Jahren hatte der Preisunterschied sich auf 2—3 Fr. beschränkt. Immerhin dürfte, soweit in Deutschland ein Besitz an derartigen Loosen ohne deutschen Loostempel vorhanden ist, für diese die Abstempelung in Oesterreich sich empfehlen. Das Gleiche gilt für die ausländischen Loose, die bisher in Oesterreich nicht zugelassen waren, auch wohl für die schwedischen. In Oesterreich selbst ausgegebene Loose bedürfen überhaupt keiner Abstempelung.

## Cours-Blatt.

Breslau, 11. April 1889.

Berlin, 11. April. [Amtliche Schluss-Course.] Schwach.			
Eisenbahn-Stamm-Actien.			
Cours vom 10. 11.			
Galiz. Carl-Ludw.-B.	88 90	88 50	
Gotthard-Bahn ult.	145 70	144 70	
Lübeck-Büchen ult.	186 10	185 90	
Mainz-Ludwigshaf.	118 70	118 20	
Mittelmeerbahn ult.	119 80	119 80	
Warschau-Wien ult.	228 —	225 60	
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.			
Breslau-Warschau ult.	66 90	66 40	
Ostpreuss. Südbahn ult.	120 —	120 —	
Bank-Actien.			
Bresl. Discontobank ult.	112 80	112 80	
do. Wechselbank ult.	106 70	107 20	
Deutsche Bank ult.	175 90	175 70	
Disc.-Command. ult.	237 90	237 10	
Oest. Cred.-Anst. ult.	159 —	158 40	
Schles. Bankverein ult.	130 50	131 10	
Industrie-Gesellschaften.			
Archimedes ult.	146 25	146 —	
Bismarckhütte ult.	207 —	207 50	
Bochum-Gusssthl. ult.	206 70	206 20	
Brs. Bierb. Wiesner ult.	52 —	51 60	
do. Eisenb. Wagen ult.	183 70	182 80	
do. Pferdebahn ult.	149 —	149 50	
do. verein. Oelfabr. ult.	99 —	99 50	
Cement-Giesel ult.	163 90	163 70	
Donnersmarch ult.	78 60	78 —	
Dortm. Union St.-Pr. ult.	96 90	96 40	
Erdmannsdorf Spinn. ult.	106 10	107 —	
Fraust. Zuckerfabrik ult.	163 90	163 —	
Görlitz-Bd. (Lüders) ult.	192 10	191 70	
Hofm. Waggonfabrik ult.	175 50	175 60	
Kramsta Leinen-Ind. ult.	142 —	141 70	
Laurahütte ult.	139 60	139 60	
Obschl. Chamotte-F. ult.	162 70	164 —	
do. Eisb.-Bed. ult.	113 30	112 30	
do. Eisen-Ind. ult.	201 —	201 —	
do. Porl.-Cem. ult.	153 —	152 50	
Oppeln. Porl.-Cem. ult.	129 90	129 10	
Redenhütte St.-Pr. ult.	144 70	144 80	
do. Oblig. ult.	—	—	
Schlesischer Cement ult.	231 —	229 —	
do. Dampf-Cem. ult.	131 50	131 50	
do. Feuersversich. ult.	—	—	
do. Zinkh. St.-Act. ult.	168 10	168 90	
do. St.-Pr.-A. ult.	168 —	—	
Tarnowitzer Act. ult.	31 30	31 60	
do. St.-Pr. ult.	—	—	
Inländische Fonds.			
Cours vom 10. 11.			
D. Reichs-Anl. 4 1/2%	108 30	108 40	
do. do. 3 1/2%	104 —	104 10	
Posener Pfandbr. 4 1/2%	101 90	101 80	
do. do. 3 1/2%	101 90	102 —	
Preuss. 4 1/2% cons. Anl.	107 30	107 30	
do. 3 1/2% do.	104 70	104 50	
do. Pr.-Anl. de 55	175 60	175 10	
do 3 1/2% St.-Schldsch	101 70	101 60	
Schl. 3 1/2% Pfandbr. L.A.	101 90	102 —	
do. Rentenbriefe.	105 80	105 70	
Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.			
Oberschl. 3 1/2% Lit. E.	101 60	101 80	
do 4 1/2% 1879	103 50	103 60	
R.-O.-U.-Bahn 4 1/2%	104 20	—	
Ausländische Fonds.			
Egypter 4 1/2% .....	91 20	91 30	
Italienische Rente .....	96 60	96 50	
Mexikaner .....	95 70	95 60	
Oest. 4 1/2% Goldrente	94 50	94 30	
do. 4 1/2% Papirr.	72 70	72 10	
do. 4 1/2% Silberr.	73 20	73 —	
do. 1860er Loose.	124 70	125 —	
Poln. 5 1/2% Pfandbr.	65 —	64 70	
do. Ligu.-Pfandbr.	—	58 20	
Rum. 5 1/2% Staats-Obl.	98 —	97 80	
do. 6 1/2% do.	108 10	108 —	
Russ. 1880er Anleihe	93 20	93 20	
do. 1884er do. ult.	102 90	102 90	
do. 4 1/2% B.-Cr.-Pfr.	97 50	97 60	
do. 1883er Goldr.	114 60	114 60	
do. Orient-Anl. II.	67 50	67 20	
Serb. amort. Rente	86 30	86 10	
Türkische Anleihe.	15 90	16 —	
do. Loose .....	54 40	55 20	
do. Tabaks-Actien	101 50	101 60	
Ung. 4 1/2% Goldrente	87 20	—	
do. Papirrrente .....	81 90	81 40	
Banknoten.			
Oest. Bankn. 100 Fl.	169 80	169 65	
Russ. Bankn. 100 SR.	217 80	217 10	
Wechsel.			
Amsterdam 8 T. ....	—	169 25	
London 1 Lstrl. 8 T. ....	—	20 45	
do. 1 " 3 M. ....	—	20 36 1/2	
Paris 100 Fres. 8 T. ....	—	81 —	
Wien 100 Fl. 8 T. ....	169 75	169 30	
do. 100 Fl. 2 M. ....	169 40	168 80	
Warschau 100 SR 8 T. ....	217 55	216 60	

Privat-Discount 1 1/2 %.

## Letzte Course.

Berlin, 11. April, 3 Uhr 10 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Befestigt.

Cours vom 10. 11.			
Berl. Handelses. ult.	173 25	173 12	
Disc. Command. ult.	237 62	237 50	
Oesterr. Credit. ult.	158 62	158 75	
Franzosen ult.	103 50	103 75	
Galizier ult.	88 62	88 50	
Lombarden ult.	45 —	45 37	
Lübeck-Büchen ult.	185 87	186 37	
Mainz-Ludwigsh. ult.	118 75	118 87	
Mariemb.-Mlawkau. ult.	85 50	84 37	
Mecklenburger ult.	172 50	172 25	
Cours vom 10. 11.			
Ostpr. Südb.-Act. ult.	111 75	109 75	
Drtm. Union St. Pr. ult.	96 75	96 25	
Laurahütte ult.	139 75	139 12	
Egypter ult.	91 —	91 —	
Italiener ult.	96 25	96 25	
Russ. 1880er Anl. ult.	92 75	92 87	
Russ. 1884er Anl. ult.	102 75	102 75	
Russ. II. Orient.-A. ult.	67 25	67 —	
Russ. Banknoten ult.	217 75	217 —	
Ungar. Goldrente ult.	87 —	87 —	

## Producten-Börse.

Berlin, 11. April, 12 Uhr 20 Minuten. [Anfangs-Course.] Weizen (gelber) April-Mai 185. —, Septbr.-October 188. 50. Roggen April-Mai 146. —, Septbr.-October 150. —, Rüböl April-Mai 55. 20, Sept.-Oct. 50. 20, Spiritus 50er April-Mai 53. 70, August-Septbr. 54. 90, Petroleum loco 23. 10. Hafer April-Mai 142. 75.

Berlin, 11. April. [Schlussbericht.]

Cours vom 10. 11.			
Weizen pr. 1000 Kgr.	—	—	
Schwankend.	—	—	
April-Mai .....	184 50	184 75	
Septbr.-Octbr. ....	188 50	188 —	
Roggen pr. 1000 Kgr.	—	—	
Schwankend.	—	—	
April-Mai .....	145 —	145 50	
June-Juli .....	146 75	147 25	
Septbr.-Octbr. ....	149 25	149 75	
Hafer pr. 1000 Kgr.	—	—	
April-Mai .....	142 —	141 75	
Mai-Juni .....	140 25	140 25	
Cours vom 10. 11.			
Rüböl pr. 100 Kgr.	—	—	
Gewichen.	—	—	
April-Mai .....	55 50	54 50	
Septbr.-Octbr. ....	50 50	50 —	
Spirit.	—	—	
pr. 10 000 L.-pCt.	—	—	
Flauer.	—	—	
Loco mit 70 M. verst.	34 90	34 80	
Loco mit 50 M. verst.	54 70	54 80	
April-Mai 50er ..	53 60	53 50	
August-Septbr. 50er	54 70	54 50	

Cours vom 10. 11.			
Weizen pr. 1000 Kgr.	—	—	
Matt.	—	—	
April-Mai .....	184 —	183 —	
Septbr.-Octbr. ....	185 50	186 —	
Roggen pr. 1000 Kgr.	—	—	
Fest.	—	—	
April-Mai .....	144 50	145 50	
Septbr.-Octbr. ....	148 —	148 50	
Petroleum loco ..	12 —	—	

Magdeburg, 11. April. Zuckerbörse.

	10. April.	11. April.
Rendement Basis 92 pCt. ....	22,70—23,00	23,00
Rendement Basis 88 pCt. ....	21,50—22,00	21,80—22,00
Nachprodukte Basis 75 pCt. ....	16,50—19,00	16,80—19,10
Brod-Raffinade ff. ....	—	—
Brod-Raffinade f. ....	33,00	33,25
Gem. Raffinade II. ....	31,75	31,50
Gem. Melis I. ....	31,25	31,25
Tendenz am 11. April: Rohzucker sehr fest. Raffinirte fest.		



Folgende Zusammenfassung wichtiger Handelsgebräuche am hiesigen Platze entnehmen wir dem Anhang des uns vorliegenden 1888er Berichts des „Kaufmännischen Vereins“ zu Breslau:

Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten sind, sofern etwas Anderes nicht ausdrücklich verabredet worden ist, nach Verkäufers Wahl ab dessen Lager, ab Bahnhof, oder ab Kahn, innerhalb der städtischen Steuerbarriere, zu übergeben. Klee- und Grassamen werden dagegen, sofern etwas Anderes nicht verabredet ist, frei Käufers Lager, welches innerhalb der städtischen Steuerbarriere gelegen sein muss, geliefert. Alle Lieferungen verstehen sich per Kasse, bei Ablieferung zahlbar. Befindet sich das Lager, von resp. zu welchem geliefert wird, vier Treppen hoch, so hat im ersten Falle der Käufer, im letzteren der Verkäufer eine Vergütung von 4 Pfennigen per 100 Kilogramm zu beanspruchen.

Bei Lieferungen von Getreide, Hülsenfrüchten und Oelsaaten, bei welchen nicht jeder Sack gleichmässig eingewogen ist, — also eine Gesamtverwiegung der Lieferung vorgenommen werden muss, — hat Verkäufer dem Empfänger für die Verwiegung ein Gutgewicht von einem Kilogramm für je 300 Kilogramm der Lieferung zu gewähren. Als Tara kommt bei den hier bezeichneten Waaren das Nettogewicht der Verpackung resp. der Säcke in Anrechnung.

Bei Kleesaat und anderen Sämereien wird ein Gutgewicht von einem Kilogramm für je 300 Kilogramm auch dann gewährt, wenn die Lieferung gleichmässige Verwiegung zeigt. Als Tara wird ein Kilogramm pro Sack berechnet. Falls die Säcke jedoch mehr als ein Kilogramm pro Stück wiegen, kommt das wirkliche, resp. Gesamtgewicht der Säcke in Ansatz.

Waaren, welche bis auf Besicht, oder solche, welche fest gekauft und ab Lager des Käufers oder ab Bahnhof hier abzunehmen sind, müssen sofort besichtigt werden, sobald die Ueberweisung der Waare während der Marktzeit in der Getreide-Markthalle erfolgt ist.

Findet Käufer die ihm angewiesene Waare mit dem Verkaufsmuster nicht übereinstimmend, so ist Käufer verpflichtet, seinen Verkäufer sofort, spätestens aber bis 4 Uhr desjenigen Tages, an welchem die Besichtigung zu erfolgen hatte, davon zu verständigen.

Ueber den Befund einer Waare, deren Ueberweisung an den Käufer erst nach dem Markte erfolgt ist, hat Käufer seinem Verkäufer bis 9 Uhr Morgens des der Ueberweisung folgenden Tages Kenntniss zu geben.

Hat Käufer die rechtzeitige Besichtigung der ihm von seinem Verkäufer angewiesenen Lieferung unterlassen, oder eine Erklärung über deren Befund (§ 5) nicht rechtzeitig abgegeben, so ist die Probe-mässigkeit der überwiesenen Waare als vom Käufer stillschweigend anerkannt zu betrachten.

Sollten zwischen Käufer und Verkäufer über die Probe-mässigkeit der gelieferten Waare Meinungsverschiedenheiten obwalten und Käufer darum die Abnahme beanstanden, so haben die seitens des Gerichts hieselbst bestellten vereideten Sachverständigen für Qualitäts-Streitigkeiten bei Getreide oder Sämereien über die Vertragsmässigkeit der Lieferung nach folgendem Verfahren zu befinden. Jede der Parteien wählt einen Sachverständigen. Für den Fall, dass die gewählten beiden Sachverständigen sich über ihr Urtheil nicht einigen können, giebt ein von ihnen gewählter dritter Sachverständiger den Ausschlag. Verweigert eine Partei die Bezeichnung des zu wählenden Sachverständigen, dann wählt der andere Contrahent beide Sachverständige. Das Urtheil der so gebildeten Sachverständigen-Commission ist für die Parteien bindend.

Die Gebühren der Sachverständigen, wie solche seitens der Handelskammer publicirt sind, hat der unterliegende Theil zu tragen. Diese Gebühren ermässigen sich auf die Hälfte, wenn die Sachverständigen, ohne sich nach dem Lagerort der Waare begeben zu müssen, nur über das Ausfallmuster gegenüber dem Verkaufsmuster zu befinden haben.

Wenn Käufer bei Beanstandung der Lieferung die vom Verkäufer geforderte Begutachtung der Lieferung durch die Sachverständigen ablehnt oder die zu diesem Zweck beanspruchte Uebergabe des Kaufmusters an den vom Verkäufer benannten Sachverständigen verweigert, so ist die Probe-mässigkeit der Lieferung als durch den Käufer anerkannt zu erachten.

Dagegen ist anzunehmen, dass die Lieferung dem Verkaufsmuster nicht entspreche, falls Verkäufer die vereideten Sachverständigen über die Beschaffenheit der Lieferung nicht befinden lassen will.

Sobald durch Urtheil der Sachverständigen oder durch Zugeständniss des Verkäufers festgestellt ist, dass die Lieferung dem Verkaufsmuster nicht entsprechen habe, so ist Käufer, unbeschadet seiner Ansprüche an den Verkäufer, verpflichtet, die gelieferte Waare ohne Weiteres an den Verkäufer auszufolgen resp. zur Verfügung desselben zu halten.

Ein Retentionsrecht steht dem Käufer nicht zu. Wird zum Verkauf einer Waare die Vermittlung eines Maklers in Anspruch genommen, so hat Verkäufer die Makler-Courage zu zahlen; wurde aber der Makler zum Ankauf der Waare beauftragt, so zahlt Käufer die Courage. In beiden Fällen beträgt die Maklers-Courage für Getreide, Oelsaaten und Hülsenfrüchte 0,10 M. pro 100 Kilogramm, für Kleesaat und andere Sämereien 0,50 M. pro 100 Kilogramm.

Wenn bei der Uebergabe einer Waare dem Käufer die Säcke leihweise überlassen werden, so ist Käufer verpflichtet, dieselben innerhalb vierzehn Tagen dem Verkäufer kostenfrei in das von diesem zu bestimmende Magazin innerhalb des Weichbildes der Stadt zurückzuliefern. Nach Ablauf dieser Zeit hat Käufer für die noch nicht abgelieferten Säcke eine Sackmiete von 1/2 Pf. pro Tag und Stück an den Verkäufer bis zur Rückgabe der Säcke zu zahlen. Diese Sackmiete soll indessen den Maximalbetrag von 1 Mark pro Stück nicht überschreiten.

Bei der Verabredung einer einmonatlichen oder vierwöchentlichen Kündigung zwischen Principal und Handlungsreisenden wird eine sich an den Kalendermonat anschliessende Kündigung verstanden und muss dieselbe spätestens am ersten Tage des Kündigungsmonats erfolgen.

Die Zurdistributionsstellung einer gelieferten Waare ist dann als widerrufen anzusehen, wenn der Käufer die dem Verkäufer zur Verfügung gestellte Waare der Order des Verkäufers zuwider, ohne zwingenden Grund (Naturereigniss, Faustpfand) abrollen lässt. Der Einwand des Käufers wegen vertragswidriger Beschaffenheit der gelieferten Waare ist alsdann nicht zulässig und Käufer zur Abnahme der letzteren verpflichtet.

Wenn besondere gegentheilige Vereinbarungen nicht bestehen, so ist die einem Verkaufsagenten zugesicherte Provision auch für die im Handel mit Saison- und Modeartikeln sehr häufig vorkommenden Verkäufe zu Verlust bringenden Preisen zu zahlen, sofern nur diese Verkäufe in der Befugnis des Agenten lagen oder vom Geschäftsherrn genehmigt worden sind. Der Umstand, dass die mit Verlust verkauften Waaren eine Zeit lang dem Agenten als Muster gedient hatten, kann keinen Grund zur Abweichung von diesem Handelsgebrauch bilden.

Wenn die Lieferung von Spiritus innerhalb einer bestimmten Frist (Monat) vereinbart wurde, so ist die Notiz des Lieferungstages dem Kaufpreise zu Grunde zu legen. Auch wenn die Lieferung so zeitig Morgens erfolgte, dass im Augenblick der Lieferung eine Börsennotiz des betreffenden Tages noch nicht feststand oder am Lieferungsorte noch nicht bekannt ist, bleibt, wenn Gegentheiliges nicht ausdrücklich verabredet wurde, — gleichwohl die Notiz des Ablieferungstages maassgebend.

Der Schiffer eines Kahns von mehr als 2200 Centner Tragfähigkeit hat für jeden eine Liegezeit von 8 Werktagen überschreitenden Lösungstag 15 Mark vom Empfänger der Waare zu beanspruchen und zwar auch dann, wenn er letzteren auf den Ablauf der Löszeit nicht besonders aufmerksam gemacht hat.

### Familiennachrichten.

Verlobt: Fr. Lenny v. Brand, Fr. St. Frig. v. Braunshweig, Berlin. Gräfin Mathilde Fink v. Finkenstein, Fr. Sec. St. Wilhelm v. Böhring, Potsdam. Fr. Maria v. Wendland, Fr. Kammerherr v. Göben, München. Fr. Marie Schulz, Fr. Kfm. Fr. Trojanst, Neu-Heydau-Königschütze. Geboren: Ein Knabe: Herrn Eichen-Betriebs-Secretär Mey, Breslau. — Ein Mädchen: Herrn Bank-Kassirer Oswald, Stralsund; Fr. Antsricher Albinus, Gr. Strehlitz.

Getorben: Fr. Oberbürgermeister Pauline Nethe, geb. Buchwald, Berlin. Pensionist: Borthebertin Fr. Marie Kiechhöfer, Stettin. Friedenshof. Stiftsbame Minette v. Diegelst, Kloster Lindow. Fr. Fr. Flora v. Bernevit, geb. Künze, Bad Effer. Gräfin Friederike Knuth, geb. von Löwenborn, Kopenhagen. Frau Leopoldine v. Sagenow, geb. v. Seck, Greifswald. Herr Kammerherr, W. Geh. Rath Carl

Oliver Febr. v. Beaulieu-Marcouan, Dresden. Herr Barrer Alois Linke, Groß-Peterwitz bei Genth. Fr. Anna Schilwa, Poliwoda. Fr. Anna Danz, geb. Frank, Riegnitz. Fr. Bart. Elisabeth Gellrich, geb. Jockwer, Dirschau. Fr. Landrath a. D. Johann Heinrich Victor v. Ponidan, Falkenberg.

Seezungen, Zander, Steinbutt, Hecht, Maränen, Schellfische, Lachs, Lebende Forellen, Flusshechte, Aale, Karpfen empfiehlt [5847] E. Huhndorf, Schmiedebrücke 21. Filiale: Neue Schweidnitzerstr. 12.

## Wichtig für Exporteure.

Zufolge Erlasses der General-Direction der rumänischen Linien in Butarest Nr. 23526 und 53436 können directe Sendungen nach Rumänien an der Grenze nur dann verzollt werden, wenn den bezüglichen Frachtbriefen eine dem rumänischen Zolltarife entsprechende Inhalts- und Gewichtsspecification beigegeben ist, auf Grund welcher die Verzollung vorgenommen wird, und haben die Absender alle Consequenzen, die durch unrichtige Declaration entstehen werden, zu verantworten.

Um nun allen Eventualitäten vorzubeugen, wird sämtlichen Exporteuren, die königlich rumänische autorisirte Expeditionsfirma **Gebrüder Hellmann** in Jassy anempfohlen, die für Rumänien bestimmte Sendungen, wenn sie ihnen nach Jassy adressirt, auch ohne Inhaltsangabe prompt verzollt und weiterbefördern.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.  
**Gottschall, Blütenkranz neuer deutscher Dichtung.**  
In höchst eleg. Einband und ganz neuer Ausstattung.  
5 Mark. [6911]  
Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

יין כשר על פסח  
Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager in gut gepflegten und preiswerthen Oestrichen  
**Ungar-, Rhein- u. Bordeaux-Weinen.**  
Einzelverkauf auch in Flaschen. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
Referenz: **Se. Ehrwürden Herr Rabbiner Dr. Rosenthal** hiersebst. [4400]  
**G. Blumenthal & Co., Wein-Großhandlung,**  
Ring 19 (Immerwahr'sches Haus).

Einrahmungen von Kupferstichen, Photographien, Portraits etc. werden in eigener Rahmenfabrik an-  
**Bruno Richter, Kunsthändler, Breslau, Schlossstr.**

Angelaufene Fremde:		
Hötel Adler, 10/11. Kienrichstraße Nr. 201. Graf Rothschütz-Dr. Dittl. v. Willert, Hauptm. a. D. u. Rittmeister, Giesdorf. Dr. Strabing, Docent. Dr. Richter, Director. Kufmann, Kfm., Derby, England. Müller, Kfm., Meersburg. Rogge, Kfm., Dresden. Lindenberger, Kfm., Berlin. Graf, Kfm., Barmen. Werner, Kfm., Berlin. Salberg, Kfm., Bremen. Kantorowicz, Kfm., Posen. Dr. Danielowicz, Kiew. „Heinemanns Hotel zur goldenen Gans.“ Fernsprechstelle Nr. 688. Dr. Rittmeister v. Glatkowski. Hegocin. Dierig, Fabrikbes. n. Gem. Ober-Rangensbühlau. Hoffmann, Domänenpächter. Storischau. Hoffmann, Forstbesitzer. Barcha. v. Boromietz, Kfm., London.	Großmann, Ing., n. Gem. Warschau. Dorm, Kfm., Hamburg. Baumert, Kfm., Glogau. Richter, Kfm., Berlin. Scheuer, Kfm., Lauban. Goldstein, Kfm., Grefeld. Heinemann, Kfm., Mänschen. Ziesch jun., Waldenburg. Fr. v. Baumbach, Wroclaw. Waldef. Fr. Kochmann, Glogau. Fr. Danziger, Glogau. v. Buddendorf, Landrath a. D. u. Rittmeister, Ofen. Wulf, Kfm., Berlin. Wiesner, Rechnungs-Rath, Jauerburg. Linner, fürstbischöflich. Gameraldirector, Johannesberg. Hôtel du Nord, Neue Taschenstraße Nr. 18. Fernsprechstelle 499. Frau Gräfin Ostrowska. Gütshof, n. S., Krafau. Gütshof, n. S., Krafau. Zaruba, Landtags-Abg., Berlin. Matz, Landtags-Abg., Berlin. Gotopf, Kfm., Newcastl. Mebel, Kfm., Stettin. Walle, Kfm., Dresden.	Melchior, Fabrik-Director, n. Schölna. Olanoto, Stud., Berlin. Heymannowitsch, Barer, Ucaj (Ungarn). Messerschmidt, Kfm., Glogau. Ronbickel, Kfm., Prag. Mellin, Beamter, Königs-hütte. Hôtel z. deutschen Hause. Albrechtsstr. Nr. 22. Hoffmann, Hauptm. a. D., Glogau. Götlich, v. Buddendorf, Landrath a. D. u. Rittmeister, Ofen. Frau Kfm. Weg, Glogau. Müller, Superintendent, Michellau. Fr. Müller, Michellau. Winger, Kfm., Berlin. Frau Baumeister Watern, Glogau. Heremann, Kfm., Dresden. Frau Director Rother, n. S., Braunau. Schwarz, Geschäftsführer, Wien. Junke, fgl. Forst-Referendar, Glogau. Wöb, Kfm., Glogau. Edert, Betriebs-Insp., n. S., Liebau. Wunderlich, Kfm., Nürnberg.

## Courszettel der Breslauer Börse vom 11. April 1889.

Deutsche Fonds			Amtliche Course (Course von 11—12¼ Uhr).			Bank-Actien.		
vorig. Cours.	heutiger Cours.							
Bresl. Stdt.-Anl. 4	105,00 B	105,00 B	Oberschl. Lit. E. 3½	102,00 B	102,00 B	Börsen-Zinsen 4 Procent.	Ausnahmen angegeben.	
D. Reichs-Anl. 4	108,80 B	108,80 B	do. do. F. 4	104,30 bz	104,30 bzG	Dividenden 1887/1888. vorig. Cours. heut. Cours.		
do. do. 3½	104,10 B	104,20 bzB	do. do. G. 4	104,30 bz	104,30 bzG	Bresl. Discontob. 5	6½	113,00 B
Liegn. Stdt.-Anl. 3½	—	—	do. do. H. 4	104,30 G	104,30 G	do. Wechselb. 4½	6	107,50 bz
Prss. cons. Anl. 4	107,80 bz	107,40 45 bz	do. 1875... 4	104,30 bz	104,30 bzG	D. Reichsb. 4½	5½	—
do. do. 3½	104,80 B	104,75 bz	do. 1874... 4	104,30 bz	104,30 bzG	Oesterr. Credit. 8½	9½	—
do. Staats-Anl. 4	—	—	do. 1879... 4½	103,70 bz	103,70 bz	Schles. Bankver. 6	7	130,75 bzG
do. Schuldsch. 3½	101,20 G	101,75 B	do. 1880... 4	104,30 bz	104,30 bzG	do. Bodencred. 6	6	126,25 G
Prss. Pr.-Anl. 55 3½	—	—	do. 1883... 4	—	—	*) Börsenzinsen 4½ Procent.		
Pfdr. schl. alt. 3½	101,75 G	101,75 G	Ndrsch. Zweigb. 3½	—	—			
do. Lit. A... 3½	102,00 2,05 bzB	102,05 bz	R.-Oder-Ufer 4	104,30 bz	104,30 bzG			
do. Rusticale 3½	102,00 bz	102,05 bz	do. do. II. 4	104,30 bz	104,30 bzG			
do. Lit. C... 3½	102,00 bz	102,05 bz	Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.					
do. Lit. D... 3½	102,10 G	102,10 20 15 bz	Börsen-Zinsen 4 Procent. Ausnahmen angegeben.					
do. alt. A... 4	101,75 B	101,75 B	Dividenden 1887/1888. vorig. Cours. heut. Cours.					
do. Lit. A... 4	101,75 B	101,75 B	Br. Wsch. St. P. 1½	2¼	67,00 bz			
do. n. Rusticale 4	101,80 75 bz	101,80 bz	Galiz. C.-Ludw. 4	—	—			
do. Lit. C... 4	101,75 G	101,75 G	Lombard. p. St. 2½	—	—			
do. Lit. B... 4	101,75 G	101,75 G	Lüb.-Büch. E.-A. 7½	—	—			
do. Posener 4	101,80 G	101,90 G	Mainz Ludwigsb. 4½	4½	119,00 B			
do. do. 3½	102,00 B	102,00 B	Mariemb.-Mlw. 1	3	—			
Centrallandsch. 3½	—	—	Oest.-franz. Stb. 3½	—	—			
Rentenbr., Schl. 4	106,00 bz	105,80 bz	*) Börsenzinsen 5 Procent.					
do. Landesclt. 4	—	—						
do. Posener 4	—	—						
Schl. Pr.-Hilfsk. 4	103,70 75 bz	103,85 G						
do. do. 3½	102,00 G	102,00 bz						
In- u. ausl. Hypoth.-Pfandbriefe u. Indust.-Obligat.								
Goth. Gr.-Or.-Pf. 3½	—	—						
Russ. Met.-Pf. 4½	97,50 G	97,40 bz						
Schl. Bod.-Cred. 3½	100,80 G	100,80 90 bzB						
do. rz. à 100 4	104,10 G	104,25 bzG						
do. rz. à 110 4½	112,40 B	112,40 B						
do. rz. à 100 5	104,75 G	104,75 G						
do. Communal. 4	104,25 B	104,25 B						
Brs. Strssb. Obl. 4	—	—						
Dunsmkh. Obl. 5	—	—						
Henckel'sche Partial-Obligat. 4½	—	—						
Kramsta Oblig. 5	—	—						
Laurahütte Obl. 4½	105,10 B	105,10 B						
O.S.Eis. Bd. Obl. 5	105,50 bzG	105,50 G						
T.-Winckl. Obl. 4	103,40 B	103,40 B						
Deutsche Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.								
Br.-Schw.-Fr. H. 4	104,30 bz	104,30 bzG						
do. K. 4	104,30 bz	104,30 bzG						
do. 1876 4	104,30 bz	104,30 bzG						
B.-Wsch. P.-Obl. 5	—	—						
Oberschl. Lit. D. 4	104,30 bz	104,30 bzG						

Breslau, 11. April. Preise der Cerealien.		
Festsetzungen der städtischen Markt-Notirungs-Commission.		
gute	mittlere	gering. Waar.
per 100 Kilogr.	höchst. niedr.	höchst. niedr.
Weizen, weisser	181 —	171 80
Weizen, gelber	179 00	170 10
Roggen.....	14 70	14 50
Gerste.....	15 60	14 40
Hafer.....	14 —	13 80
Erbsen.....	15 50	15 —
Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter 0,08—0,09—0,10 M.		

**Breslau, 11. April. [Breslauer Landmarkt.]** Weizen-Ausgangsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 27,75—28,25 M. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 25,25 bis 25,50 M. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 8,80—9,20 M. b) ausländisches Fabrikat 8,60—8,80 M. — Roggenmehl, fein, per Brutto 100 kg incl. Sack 22,00—22,50 M. — Futtermehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a. inländisches Fabrikat 10,20 bis 10,60 M. b. ausländisches Fabrikat 9,60—10,00 M.

**Breslau, 11. April. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.]** Roggen (per 1000 Ctr.) still, gekündigt — Centner, abgelieferte Kündigungsscheine — per April 150,00 Br., April-Mai 50er 52,80 Br., Mai-Juni 151,00 Br., Juni-Juli 152,00 Br., September-October 152,00 Br. Hafer (per 1000 Kilogramm) gekündigt — Ctr., per April 142,00 Br., April-Mai 142,00 Br., Mai-Juni 143,00 Br., Juni-Juli 145,00 Br. Rüböl (per 100 Kilogr.) still, gekündigt — Centner loco in Quantitäten à 5000 Kilogramm —, per April 58,50 Br., April-Mai 57,50 Br. Spiritus (per 100 Liter à 100%) excl. 50 u. 70 Mark Verbrauchsabgabe, still, gekündigt — Liter, abgelieferte Kündigungsscheine —, per April 50er 52,80 bz u. Gd., 70er 33,10 Gd., April-Mai 50er 52,80 bz u. Gd., 70er 33,10 Gd., Mai-Juni 50er 53,10 Gd., Juni-Juli 50er 53,40 Gd., Juli-August 50er 53,70 Gd., August-September 50er 54,00 Gd. Zink (per 50 Kilogr.) schlesische Vereins-Marke 17,10 bz.

**Kündigungs-Preise für den 12. April:** Roggen 150,00, Hafer 142,00, Rüböl 58,50 Mark. (Spiritus-Kündigungspreis excl. 50 u. 70 M. Verbrauchsabgabe) für den 11. April: 50er 52,80, 70er 33,10 Mk.